

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Riesner
Herausg. Nr. 20.
Verlag Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:
Dresden 1322.
Verlag:
Riesner Nr. 22.

Nr. 125.

Sonnabend, 1. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Preise und Materialkosten behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Kleinzeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilliger haben ersicht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Strahl der Erde". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Vertriebes oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Damm & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Einigung über die deutschen Vorbehalte in Paris.

Große Gewinne der Arbeiterpartei in England.

Der Umsturz in England.

Eine Ueberraschung ist der große Sieg der Arbeiterpartei in England nicht. Den Rückgang der Konservativen Partei in der Popularität, die sie früher einmal dank der Persönlichkeit Baldwin hatte, war schon seit Jahr und Tag zu beobachten. Jede Partei muß sich erfahrungsgemäß unter der Last der Regierungsverantwortung ab. Und gerade England ist sozusagen schon seit historischen Zeiten daran gewöhnt, mit einem ziemlich regelmäßigen Wechsel der Parteien zu rechnen. Manche Erklärungen hat es sich dadurch gekostet, die einseitige Parteiregierung in anderen Ländern hervorzuheben, und die im Lande vorhandenen politischen Kräfte wurden auf solche Weise der Reihe nach stückweise alle einmal zur Arbeit herangezogen. Das Zwei-Parteien-System bedeutet ohne Frage eine auf rationalisierte Wirtschaft mit der politischen Intelligenz eines Landes. So hat denn auch das englische Volk den Sieg der Arbeiterpartei mit stielender Ruhe aufgenommen. Auch wer ihr nicht angehört, hält es schließlich für ganz verständlich und natürlich, wenn auch sie jetzt einmal eine Gelegenheit bekommt zu zeigen, was sie kann. Sie tritt gewissermaßen die Erbschaft der Liberalen Partei an, die bis vor kurzem die einzige Gegenpoler der Konservativen war.

Freilich ist diese Entwicklung noch nicht ganz vollständig. Die Liberalen sind noch nicht von der Bildfläche verschwunden, und die Arbeiterpartei umfaßt noch nicht die andere Hälfte der Nation. Man hat also, statt des Zwei-Parteien-Systems, jetzt ein Drei-Parteien-System bekommen. Wird es nur ein Übergangsstadium sein, das schließlich doch noch mit dem völligen Erfolg der Liberalen durch die Arbeiterpartei endet? Oder wird es nun auch in England bei dieser Mehrzahl von Parteien bleiben, die statt des regelmäßigen Wechsels, zum Nutzen der Koalitionsgovernment führen würde? In letzterem Falle würde sich England den europäischen Verhältnissen anschließen. Ob es gerade darum zu beneiden wäre, ist eine Frage für sich. Die lang dauernden Regierungskrisen, die in fast allen europäischen Staaten die Regel sind, würden dann auch auf England übergehen. Ein Moment der Unsicherheit, das sich auch auf die europäische Gesamtsituation auswirken könnte. Es wird interessant sein, schon bei der jetzigen Regierungsbildung in London zu beobachten, wie sich die englischen Parteien zu dem für sie neuen Problem stellen. Die Entscheidung liegt letzten Endes bei den Liberalen. Nach dem Siege der Arbeiterpartei von 1924 stellten sich diese bekanntlich noch einmal auf das System der Zwei-Parteien-Politik ein. Ob in der stillen Hoffnung, daß die konkurrierende Arbeiterpartei dadurch am raschesten abzuweichen würde, ist natürlich schwer zu sagen. Heute erklärt aber Lloyd George, der inzwischen durch den Tod von Lord Balfour der unbestrittene Führer der Partei geworden ist, daß er sich nicht zum zweiten Male auf dieses Experiment einlassen werde. Das würde bedeuten, daß die Liberalen diesmal mitregieren wollen. So müßte also die Arbeiterpartei mit ihnen verhandeln, um ein gemeinsames Regierungsprogramm aufzustellen. Die Engländer hätten das immerhin noch leichter, als etwa Frankreich oder Deutschland, wo nicht nur zwei, sondern jedesmal ein halbes Duzend von Parteien nach einem Kompromiß suchen müssen, das dann als Regierungsprogramm zu gelten hat. Aber allerhand nicht ganz einfache Gegenstände bestehen doch auch zwischen Lloyd George und Ramsay MacDonald, und beide haben sich im Wahlkampf bei aller englischen Bornehmheit doch ziemlich kräftig angepöckelt.

Man darf es aber wohl als glücklich bezeichnen, daß die tiefsten Gegensätze auf innerpolitischen Gebieten liegen. Man wird sich da über das Problem der Arbeitslosigkeit und über die Umorganisation der Wirtschaft unterhalten. Das Verbrechen der Liberalen, durch große öffentliche Aufträge der Arbeitslosigkeit zu feuern, kann schließlich auch der Arbeiterpartei solcher nicht unangenehm sein. Man kann sich auf eine solche nützliche Verwendung der öffentlichen Gelder einlassen, und doch unabhängig davon auch noch für Sozialisierung eintreten. In der Außenpolitik stehen beide Parteien in einem gemeinsamen Gegensatz zu dem rücksichtslosen Bolschewistischen Imperialismus. Darin liegt eine Entspannung der internationalen Lage, die sicherlich in der ganzen Welt, nicht zuletzt beim Völkerbund in Genf, begrüßt wird. Gerade in dieser Erwartung hat man ja auch in der ganzen Welt dem Ausgang der englischen Wahlen mit so besonderer Spannung und wohl auch mit besonderen Wünschen entgegenzusehen. Auf dem Kontinent hat sich die Entwicklung im Sinne fortschreitender Verständigung schließlich als zwangsläufig, trotz des wiederholten Wechsels der Regierungen, erwiesen. Auf dieser Linie haben sich in Frankreich und Deutschland Parteien zusammengefunden, die innerpolitisch recht wenig feindschaftlich miteinander verkehren. England steht natürlich unter dem gleichen Zwang. Eine Ein-

Paris, 31. Mai. Die Verhandlungen von Delegation über die Formulierung der noch offenstehenden Vorbehalte und Bedingungen sind heute nachmittags so gefördert worden, daß man von einer grundsätzlichen Einigung aller Delegationen sprechen kann. Es kann daher bereits an die Fertigstellung des endgültigen Berichts für die Regierungen gegangen werden.

Die Einzelheiten der Pariser Einigung.

Paris, 31. Mai. Ueber das Ergebnis der gestern abend abgehaltene Verhandlungen, die zu einer grundsätzlichen Einigung in der Frage der Vorbehalte führten, werden folgende Einzelheiten mitgeteilt:

1. Was die Höhe der ungeklärten Annuität betrifft, ist grundsätzlich eine Einigung dahin zustande gekommen, daß sie einschließlich des Zinsendienstes für die Dawesanleihe konstant 800 Millionen Mark betragen soll. (571 Millionen ohne den Zinsendienst für die Dawesanleihe.)

2. Zur Tilgung der 21 letzten Annuitäten für die Schuld bei Amerika soll die Bank für internationale Zahlungen in der Weise herangezogen werden, daß 50 Prozent ihres Gewinnes bereits vom ersten Tage des Funktionierens ab in einem für diesen Zweck bestimmten Fonds angeammelt werden. Die Abtragung der 21 Jahreszahlungen soll also durch Anwendung der Methode der Akkumulierung vor sich gehen. Ein weiterer Beitrag zur Deckung dieser letzten 21 Annuitäten wird sich aus einer eventuellen Reorganisation der amerikanischen Schuldenforderungen ergeben können. Für diesen Fall ist unabhängig von dem Reparationsbericht, also ohne Mitarbeit der amerikanischen Delegation, ein Verteilungsabkommen in Aussicht genommen, das Deutschland 66 2/3 Prozent dieser eventuellen amerikanischen Nachlässe verpricht, den anderen Ländern 33 1/3 Prozent mit der Maßgabe, daß, solange nicht vollständige Deckung für die letzten 21 Annuitäten vorhanden ist, diese Länder von ihrem 33 1/3prozentigen Anteil 8 1/3 Prozent von dem gesamten Nachlaß in den diesbezüglichen Fonds der Bank für internationale Zahlungen abführen.

3. Das Kapital der Bank für internationale Zahlungen soll 100 Millionen Mark betragen. Es sollen einbezahlt die alliierten Länder: 1. Zinslos ein Betrag von 200 Millionen Mark, stammend aus den in der Liste des Generalagenten für die Reparationszahlungen liegenden Summen. 2. Einmalig den Betrag des ungeklärten Teils einer Jahreszahlung, also etwa 800 Millionen Mark, und zwar diese einbezahrend und ohne daß eine Eigentumsänderung vor sich geht. Deutschland soll entsprechende Einzahlungen leisten, und zwar: 1. Zinslos 100 Millionen Mark, stammend aus den beim Kommissar für die Reparationszahlungen durchgehenden Summen. 2. Jedoch hat dieser Plan noch keine bestimmte Gestalt angenommen — etwa 300—400 Mill. Mark als zinsentragende Anlage, ohne Eigentumsänderung, vielleicht in Form von Raten à 50 Millionen Mark. Die Notenbanken sollen gegen einen geringeren Anlaß bei der Bank für internationale Zahlungen einen Devisenbetrag hinterlegen, dessen Höhe noch nicht bestimmt ist.

4. Die geplante Regelung sieht Abschaffung aller Kontrollen vor. Die Eisenbahn- und Industrieobligationen werden verschwinden. Die Reichsbahngesellschaft zahlt auf Grund besonderer Abmachungen mit dem Reiche 645 Mil-

lionen RM. im Jahre in Form einer Steuer. Dieser Betrag wird von der Reichsbahngesellschaft unmittelbar auf das Konto der Bank für internationale Zahlungen bei der Reichsbank eingezahlt; der Betrag, der nahezu den ungeklärten Teil der Annuität deckt, läuft also nur durch den Etat durch.

5. Verköstigt wird ferner das Recht Deutschlands, sich je nach Lage der Umstände den Rückfluß von ausgegebenen Anleihen oder convertierten Anleihen vorzubehalten.

6. Was die Verzinsung der Nachfolgekassen zur Aufbringung der Leistungen angeht, so wird das Gutachten der Sachverständigen dahin gehen, die Gläubigermächte aufzufordern, innerhalb der Frist eines Jahres zu bestimmen, was damit geschehen soll.

7. Die Liquidationsmaßnahmen hören innerhalb eines Jahres auf (ebenso die Schiedsgerichts- und Ausgleichsverfahren).

8. Das Anbringungsamortorium wird, wie bereits berichtet, mit dem Transferamortorium, das ihm in der Anwendung vorausgehen muß, verbunden werden. Das Transferamortorium soll nach dem Plan von Seiten der deutschen Regierung auf zwei Jahre erklärt werden können; nach einem Jahre soll die deutsche Regierung die Möglichkeit haben, für die Hälfte der Summe, für die der Transferamortorium in Anspruch genommen wurde, das Anbringungsamortorium zu verlangen. Die Entscheidung hat im Einvernehmen mit dem zuständigen Prüfungsorganismus der Bank für internationale Zahlungen zu erfolgen.

9. Die in Deutschland angeammelten Beträge bedürfen nicht, wie von den Gläubigern anfänglich gefordert worden war, einer besonderen Sicherstellung, sondern die Reichsbank soll hinsichtlich ihrer Anlage freie Hand behalten. Der Bereich der Verwendung dieser Summen soll sich nicht nur auf die Gewährung von zinsbringenden Anleihen beschränken, sondern auch zur Finanzierung von Sozialleistungen dienen, d. h. Zahlleistungen solcher Art, bei denen feststeht, daß sie nicht zu Vahen des kommerziellen Exports gehen, sondern als zusätzlicher Export anzusehen sind. Der Recovery-Akt, der 20 Prozent für die Zahlleistungen ausmacht, wird sich der fallenden Kurve der Zahlleistungen von 750 Millionen durch jährliche Verminderung um 50 Millionen auf 300 Millionen ausweiten und infolgedessen von 150 auf 60 Millionen sinken und alsdann mit den Zahlleistungen erlöschen. Alle noch bestehenden Diskriminierungen werden abgehehrt. — Dem Bericht werden mehrere Anhänge beigegeben, so ein Zahlleistungsanhang, ein Anhang, der das Statut der Bank für internationale Zahlungen enthält, und ein Anhang, der den Verteilungsabkommen der Zahlungen unter die Gläubiger festlegt.

Hoover

zum Ergebnis der Reparationskonferenz.

Washington, 31. Mai. Auf eine Anfrage erklärte Präsident Hoover zu der in Paris erzielten Einigung der Reparationskonferenz: Das Ergebnis stellt eine sehr bedeutsame Förderung der Stabilität und des Fortschritts dar. Das amerikanische Volk kann, meiner Ansicht nach, hoch befreut davon sein, daß Hoover, Morgan und Varnot dazu beigetragen haben, die Konferenz zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Wahltag der englischen Arbeiterpartei.

Schwere Niederlage der englischen Konservativen.

London, 1. Juni. Das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahlen zum englischen Parlament zeigt folgenden Stand der Parteien:
Arbeiterpartei 289 (Verlust 4, Gewinn 129, im alten Parlament 160),
Konservative 258 (Verlust 159, Gewinn 2, im alten Parlament 397),
Liberal 50 (Verlust 19, Gewinn 29, im alten Parlament 48),
andere Parteien 8.

regierung wird sich ihm aber leichter fügen und einige Schritte in seinem Sinne weiter tun, als eine konservative. Ohne daß man deshalb gerade in einen utopischen Optimismus zu verfallen braucht, darf man doch wohl das Urteil über die englischen Wahlen dahingehend zusammenfassen, daß der große Gewinn der Arbeiterpartei und die tiefere Selbstschauung der Liberalen eine freundlichere Perspektive für die internationale Politik der nächsten Zeit eröffnen.

Zusammen vorläufig 597. Die noch ausstehenden Wahlergebnisse aus 18 Wahlkreisen entfallen größtenteils auf die abgelegenen Inseln im Norden. Infolge ungünstiger Verkehrsbedingungen dürften die letzten Ergebnisse erst in einigen Tagen einlaufen.

Soweit bisher bekannt, erhielten die Arbeiterpartei 8 200 588 Stimmen, die Konservativen 8 125 875, die Liberalen 3 026 806, andere Parteien 194 088 Stimmen.

Wieder ein Mielenfeuer in Polen.

Warschau, 31. Mai. Im Dorfe Jagorze hat ein siebenjähriger Knabe durch Spielen mit Streichhölzern ein Großfeuer verursacht, dem er selbst zum Opfer fiel. Das ganze aus etwa 170 Gebäuden bestehende Dorf wurde ein Haub der Flammen. Bei den Löscharbeiten sind über 20 Personen verletzt worden, darunter zwei schwer.